

Klaus F. Zimmermann

Zu neuen Ufern oder zurück zu alten Programmdebatten?

In der Krise haben Forderungen nach einem Staatsinterventionismus immer Konjunktur, auch in dem FES-Zukunftsprojekt. Doch hat nicht eher die Politik versagt als der Markt? Und zäumt der Ansatz »erst Umverteilung, dann Wachstum« das Pferd nicht von hinten auf? Eine skeptische Analyse.

Klaus F. Zimmermann

(* 1952) ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA Bonn).

praesident@diw.de



In den 70er Jahren war in der Bundesrepublik der Glaube weit verbreitet, dass der Staat die Gesellschaft steuern und für einen allgemeinen Wohlstand seiner Bürger sorgen könne. Es war die Zeit, in der die deutsche Sozialdemokratie mit großem Eifer Langfristprogramme entwarf, bei denen staatliche Eingriffe bis ins Kleinste festgelegt wurden. Im Zuge der wirtschaftlichen Schocks der beiden Ölpreiskrisen verschwanden diese Programme in den Schubladen, und die Politik wurde pragmatischer. Gleichwohl ist in großen Teilen der Bevölkerung und der Politik der Glaube an den allmächtigen Staat weiterhin verbreitet. Deutschland steht damit nicht alleine da, sondern fast überall in Kontinentaleuropa findet sich eine beachtliche staatliche Fixierung. Man denke etwa an die lange Tradition der *Planification* in Frankreich oder an die Vielzahl von Erlassen der Europäischen Union, mit denen das Glück der Bürger vermehrt werden soll. Mit der Wirtschaftskrise hat die Sehnsucht nach dem Staat als globalem Gestalter aller Lebensbereiche wieder einen großen Aufschwung erlebt.

Nun hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern ein

Zukunftsmodell für Deutschland vorgelegt, bei dem auf ein breites Bündel staatlicher Maßnahmen gesetzt wird. Begründet wird die Renaissance eines umfassenden Staatsinterventionismus auch damit, dass die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ein akutes Versagen des Marktes gezeigt hätte. Schon diese These ist zu hinterfragen, denn es war offensichtlich nicht der Markt, der versagt hat, sondern die Politik, die sich überfordert zeigte, angesichts der immer enger gewordenen internationalen Verflechtung der Kapitalmärkte für die angemessenen Spielregeln zu sorgen. Weder die deutsche Regulierung noch der staatliche Bankensektor haben sich als Wettbewerbsvorteil oder Krisenblocker erwiesen. Und in den USA hat eine viel zu expansive Geldpolitik sogar erst dafür gesorgt, dass eine Spekulationsblase gigantischen Ausmaßes entstehen konnte. Wer jahrelang negative Realzinsen zulässt, braucht sich über Überschuldung bei den Privaten nicht zu wundern.

Das vorgelegte Zukunftsmodell verspricht ein deutlich höheres Produktionswachstum, eine kräftige Reduzierung der Arbeitslosigkeit und eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen. Diese Ergebnisse beruhen auf Simulationsrechnungen mit empirisch gestützten Modellen. Dabei wird versucht, die in der Realität relevanten ökonomischen Beziehungen in all ihrer Komplexität mit einem System von Gleichungen abzubilden. Gerade zeigt sich aber, dass unsere derzeitigen Modelle den Finanzsektor unzureichend abbilden und die spezifischen Konsequenzen rapider

Verluste von Vertrauen in das marktwirtschaftliche System nur unzureichend erfassen. Erwartungen von Konsumenten und Investoren bilden sich heute parallel um den Globus und verstärken so die Gleichzeitigkeit von Krisen. Hinzu kommen immense Probleme, was die Verfügbarkeit der zur Simulation erforderlichen Daten anbelangt.

Mehr Geld schafft keinen Anreiz

Nach dem Zukunftsmodell sollen die Sozialtransfers angehoben werden. Das sorgt natürlich zunächst einmal für mehr Kaufkraft und somit für ein höheres Wirtschaftswachstum – zudem werden Einkommensunterschiede verringert. Dann stellt sich aber die Frage, welche Folgen eine Erhöhung der Sozialtransfers hinsichtlich der Bereitschaft hat, überhaupt eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Denn eine Erhöhung der *Hartz IV*-Leistungen könnte wieder zur Folge haben, dass Arbeitslose in der Erwerbslosigkeit verharren. Und Personen, die bisher erwerbstätig waren, könnten es wieder vorziehen, Arbeit Arbeit sein zu lassen, um künftig den Lebensunterhalt von Sozialtransfers zu bestreiten – ergänzt durch Einkünfte aus Schwarzarbeit. Ferner wird der Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors gefordert. Dabei handelt es sich letztlich um nichts anderes als um eine Neuauflage der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – also um ABM in der Version 2.0. Es ist nachgewiesen, dass ABM sehr ineffizient sind – insbesondere deshalb, weil sie keine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt darstellen, sondern eher eine Falltür. Zudem: Wenn es sinnvolle Tätigkeiten im öffentlichen Sektor gibt, sollte man regulär Beschäftigte dafür einsetzen. Sind die Tätigkeiten eher nicht sinnvoll, sollte man auf sie verzichten.

Überdies stellt sich immer die Frage der alternativen Verwendung von Mitteln. So wäre es mit Blick auf die Wohlstands-

mehrung der Bevölkerung in Deutschland sinnvoller, mehr Gelder in öffentliche Investitionen fließen zu lassen und etwa die individuelle Höhe der Sozialtransfers beizubehalten. Oder man könnte die Steuern senken. Steuersenkungen dürften das Wirtschaftswachstum steigern und somit die Arbeitslosigkeit sinken lassen – und bekanntermaßen sorgt schon eine Abnahme der Arbeitslosigkeit für eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen.

Erst Wachstum, dann Umverteilung

Das verweist auf eine weitere Schwachstelle des Zukunftsmodells: Es setzt die Frage einer gerechten Einkommensverteilung an den Beginn und nicht ans Ende des Wirtschaftsprozesses. So soll etwa mit Hilfe von Steuerrechtsänderungen, Mindestlöhnen oder erhöhten Sozialausgaben ein höheres Maß an Einkommensgleichheit erreicht werden. Bevor Umverteilung erfolgen kann, muss aber zunächst produziert werden. Und es ist besser, weniger von einer wachsenden Wertschöpfung umzuverteilen, als mehr von einer schrumpfenden. In Großbritannien war es bis zum Ausbruch der aktuellen Krise gelungen, durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit deutlich zu verringern. Und weil Arbeit knapper wurde, stiegen zwangsläufig die Löhne. Ende der 90er Jahre hatte die britische Regierung Mindestlöhne eingeführt, bloß war diese Regelung wenig von Belang, da fast niemand so wenig verdiente, dass sein Lohn angehoben werden musste. Wer diesen Prozess umdrehen will, wird scheitern.

Zu Recht verweist das Zukunftsmodell darauf, dass der Umfang der staatlichen Investitionen unzureichend ist. Im letzten Jahr beliefen sie sich nur noch auf 1,4 % des Bruttoinlandsproduktes. Anfang der 70er Jahre war der Anteil etwa dreimal so hoch. In nicht wenigen Ländern und Gemeinden – insbesondere im früheren Bundesgebiet

– unterbleiben mittlerweile erforderliche Ersatz- und Sanierungsinvestitionen. Wir zehren mithin von der Substanz. Dem muss gegengesteuert werden. Allerdings bedarf es dazu einer soliden Gegenfinanzierung, die aber ungeklärt ist.

Ebenfalls wird berechtigterweise darauf verwiesen, dass Deutschland mehr für Bildung tun müsse. Dabei wird auch auf die bestehenden Schwachstellen verwiesen – insbesondere auf die Mängel bei der frühkindlichen Betreuung und auf die unzureichende Qualifizierung von Migrantenkindern. Zudem wird auf die gravierenden Defizite bei der beruflichen Weiterbildung verwiesen. In der Tat sind hier erhebliche Anstrengungen seitens des Staates erforderlich. Schon die demografische Entwicklung erfordert es, die nachwachsende Generation besser auszubilden und die fachlichen Fähigkeiten der Erwerbstätigen immer wieder an neue Anforderungen anzupassen. Eine weitere Option, um auf die Herausforde-

rungen zu reagieren, wird in dem Zukunftsmodell allerdings völlig ausgeblendet: die gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland.

Jede modellgestützte Zukunftsprojektion ist nur so gut, wie sie sich in finanzieller Hinsicht selbst trägt. Das tut das Zukunftsmodell der FES aber nicht. Denn trotz einer ermittelten höheren Wirtschaftsleistung steigt die Nettoneuverschuldung des Staates – und zwar nicht unerheblich. Das wird von den Autoren einfach hingegenommen. Irgendwie erinnert das an die Programmdebatten der Sozialdemokratie in früheren Zeiten, als große Wunschzettel geschrieben wurden, Fragen der Finanzierung aber eher als lästige Nebenaspekte abgetan wurden. Die Schulden türme der gegenwärtigen Wirtschaftskrise werden schon bald manche, auch diese Zukunftsträume erdrücken. Besonders zukunftsfruchtig ist deshalb das Zukunftsprogramm eher nicht.

Sigmar Gabriel

Schlüssel ökologische Industriepolitik

Das Projekt »Zukunft 2020« und die darin enthaltenen »Politikbündel« zeigen einen Weg auf, wie man selbst in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise nachhaltiges Wachstum erzielen und dadurch die Gesellschaft sozialer und gerechter ausgestalten könnte.

Sigmar Gabriel

(* 1959) ist Mitherausgeber der NG/FH, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen a.D. und seit November 2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Bei Piper erschien 2008 sein vieldiskutiertes Buch *Links neu denken*.
sigmar.gabriel@wk.bundestag.de



Zwischen dem FES-Projekt und dem Konzept der ökologischen Industriepolitik gibt es verschiedene Übereinstimmungen:

Erstens: Fortschrittsidee und Zukunfts-

entwurf. Beide Konzepte sind gekennzeichnet durch eine Fortschrittsidee und den Glauben an gesellschaftliche und wirtschaftliche Gestaltbarkeit. Mit ihrer Betonung von Langfristigkeit und Nachhaltigkeit denken sie über das politische Tagesgeschäft hinaus. Bei der Analyse und der Frage nach Lösungsstrategien machen die Konzepte aber nicht Halt, sondern geben mit konkreten Empfehlungen Ansatzpunkte für die praktische politische Umsetzung.

Zweitens: Konjunkturpolitische Rolle der Umweltpolitik bei der Krisenbekämpfung.